Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/766
06.11.2008

Haushalts- und Finanzausschuss

80. Sitzung (öffentlich)

6. November 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6831

Vorlage 14/1826

Ausschussprotokoll 14/720

Abschließende Beratung und Abstimmung

In Verbindung mit:

Reform des Sparkassenrechts darf nicht zur Zerschlagung des Sparkassensystems in Nordrhein-Westfalen führen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/202

Abschließende Beratung und Abstimmung

Generelle Aussprache **6**

Einzelberatung **15**

Abstimmung **20**

Der Ausschuss stimmt über die **Ziffern des Änderungsantrages der Fraktionen der CDU und der FDP** sowie über den zu **Ziffer 1** mündlich vorgetragenen **Änderungsantrag** der **Grünen** und den zu **Ziffer 11** ebenfalls mündlich vorgetragenen **Änderungsantrag** der **SPD** einzeln ab. Die **Abstimmungsergebnisse** sind auf den **Seiten 46 f.** des Ausschussberichts **Drucksache 14/7844** wiedergegeben.

In der **Schlussabstimmung empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/6831** mit den soeben beschlossenen Änderungen **anzunehmen.**

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

Anschließend wird der **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/202** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Nichtbeteiligung der Fraktion der Grünen **abgelehnt.**

2 Feuerwehr- und Polizeizulage müssen wieder ruhegehaltsfähig werden bzw. bleiben! 22

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6684

Vorlage 14/2135

Ausschussprotokoll 14/710

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **lehnt** den **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/6884** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **ab.**

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Vorlagen 14/2142, 14/2157, 14/2160, 14/2169 und 14/2183
Vorlagen 14/2101 bis 2112 und 14/2114 bis 14/2116

Ausschussprotokoll 14/740

Zweiter Beratungsdurchgang, Auswertung der Berichterstattergespräche und der öffentlichen Anhörung

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) berichtet über die Ergebnisse der Steuerschätzung November 2008 *(s.* ***Vorlage 14/2208)*** und antwortet auf sich ergebende Fragen.

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Vorlagen 14/2142, 14/2157, 14/2160, 14/2169 und 14/2183
Vorlagen 14/2101 bis 2112 und 14/2114 bis 14/2116

Ausschussprotokoll 14/740

Zweiter Beratungsdurchgang, Auswertung der Berichterstattergespräche und der öffentlichen Anhörung

Gisela Walsken (SPD) führt aus, ihre Fraktion möchte heute von Detailberatungen absehen, würde aber gerne erfahren, wie die Landesregierung mit den Ergebnissen der November-Steuerschätzung umgehen wolle und wann den Landtag die Haushaltsergänzung erreichen werde. Ob die SPD-Fraktion ins Antragsverfahren zum Haushaltsentwurf 2009 eintrete, werde sie nach Vorliegen der Ergänzung entscheiden.

Darüber hinaus interessiere, ob noch ein weiterer Nachtrag für den Haushalt 2008 vorgelegt werde.

Die Steuerschätzung interessiere ihn auch, bemerkt **Ewald Groth (GRÜNE).** Die Haushaltsanträge werde seine Fraktion aber auch schon vorher erarbeiten.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) antwortet Frau Walsken, es werde einen dritten Nachtrag zum Haushalt 2008 geben. – Auf den Zwischenruf von **Gisela Walsken (SPD),** „Es hat mal jemand gesagt: ‚Wir brauchen keine Nachträge!'", erwidert **Minister Dr. Helmut Linssen (FM),** er habe gesagt, er werde keinen Nachtrag vorlegen, der die Verschuldung des Landes erhöhe. Es wäre fair, wenn man ihn richtig zitieren würde.

Sodann berichtet der Minister über die Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen" vom 4./5. November 2008. Dieser Bericht wird als Tischvorlage ausgehändigt und anschließend als **Vorlage 14/2208** verteilt.

Der Finanzminister fügt hinzu, die Situation sei wohl noch nie so schwierig zu beurteilen gewesen wie im Moment, weil niemand wisse, wie und von wem das gestern beschlossene Konjunkturprogramm, zu dem auch Steuerrechtsänderungen gehörten, finanziert werde. So wie es aussehe, sei es ein Programm zulasten Dritter; der Landeshaushalt werde wohl erheblich davon berührt.

Das Finanzministerium wolle versuchen, die Haushaltsergänzung so schnell wie möglich zu erstellen; es sei aber denkbar, dass sich das noch etwas verzögere. Spätestens in der übernächsten Woche wolle man aber damit fertig sein.

Ewald Groth (GRÜNE) spricht die Risiken des Konjunkturprogramms für den Landeshaushalt an und fragt, ob sich Nordrhein-Westfalen zu dieser Frage schon geäußert habe und ob der Ministerpräsident tätig geworden sei, wie man es von Herrn Oettinger und anderen Ministerpräsidenten ja bereits in den Zeitungen lesen könne. Diese Frage beziehe er auch auf die vorgesehenen Änderungen bei der Kraftfahrzeugsteuer, die er als großen volkswirtschaftlichen Unsinn betrachte.

Gisela Walsken (SPD) fragt erstens, ob das Ergebnis der November-Steuerschätzung auch den dritten Haushaltsnachtrag 2008 beeinflussen werde, und zweitens, ob der Finanzminister schon ein Datum für die Übermittlung der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2009 mitteilen könne.

Ein Datum zu nennen, wäre nicht seriös, antwortet **Minister Dr. Helmut Linssen (FM).** Der Nachtrag werde schnellstmöglich vorgelegt. Er könne sich vorstellen, dass der Nachtrag gleichzeitig mit der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2009 übermittelt werde. Der Nachtrag werde vor allem beinhalten, wie die Landesregierung im November den Ablauf des Haushaltsjahres sehe.

Zu der von Herrn Groth angesprochenen Thematik der Kraftfahrzeugsteuer dürfe er feststellen, dass er schon sehr frühzeitig gesagt habe, dass es eine volle Kompensation für die Länder geben müsse, wozu auch eine Indexierung und ein Entgelt für die Verwaltungsarbeit gehöre. Er gehe davon aus, dass alle Länderfinanzminister diese Auffassung teilten, auch wenn der Bundesfinanzminister das etwas anders sehe.

Dass es eine volle Kompensation für die Länder geben müsse, unterstützt **Ewald Groth (GRÜNE).** Entscheidend sei für ihn aber, was der Finanzminister sowohl unter konjunkturpolitischen wie auch unter ökologischen oder verteilungspolitischen Gesichtspunkten von dem Programm insgesamt halte und wie sich das Land dazu positioniere.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) antwortet, das Konjunkturprogramm sei erst gestern beschlossen worden und müsse noch intern diskutiert werden. Konkret könne er deshalb nur zu der Frage nach der Kraftfahrzeugsteuer etwas sagen. Nach den Vorstellungen des Bundes sollten die Länder die Kosten alleine tragen. Von dieser Art der Finanzierung halte er nichts. Die Kosten für die Freistellung von der Kraftfahrzeugsteuer lägen bei 650 Millionen € für 2009 und rund 700 Millionen € für 2010, wovon etwa 20 %, also rund 130 bis 140 Millionen €, auf Nordrhein-Westfalen entfielen.

Ansonsten sei er immer dafür eingetreten, dass der Bund das Instrument in die Hand bekomme, um die Ökologisierung der Kraftfahrzeugsteuer voranzutreiben. Was jedoch das Vorhaben angehe, eine pauschale Befreiung für zwei Jahre vorzusehen, könnte er sich sehr gut etwas anderes vorstellen.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) erinnert daran, dass sich Minister Dr. Linssen im Zusammenhang mit Aussagen zur weltweiten Finanzkrise noch ablehnend zu einem Konjunkturprogramm geäußert habe. Er fragt, ob er die heutige Zurückhaltung des

Ministers so interpretieren könne, dass es für ihn inzwischen eine denkbare Überlegung sei.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) stellt fest, mit dem Landeshaushalt würden in großem Ausmaß Innovationen in Forschung und Bildung vorgenommen. Insofern könne man durchaus von einem Landeskonjunkturprogramm im Umfang von über einer halben Milliarde Euro sprechen.

Von einem generellen Konjunkturprogramm, wie Herr Sagel es vorgeschlagen habe, halte er jedoch überhaupt nichts; das wäre eine pauschale Erhöhung der Verschuldung des Landes. Man müsse immer sehr sorgfältig die Finanzsituation des Landes im Auge behalten. – Die in Berlin beschlossenen Initiativen für Wachstum müsse man sich im Einzelnen genau anschauen. Das Programm enthalte sicherlich Maßnahmen, die sehr sinnvoll seien.

Vorsitzende Anke Brunn stellt abschließend fest, die Haushaltsberatungen 2009 würden nach Vorliegen der Ergänzung fortgesetzt.

gez. Anke Brunn

Vorsitzende

be/11.02.2009/12.02.2009

17